

Skizze einer Gemeinwohl-Modellregion

Univ.-Lektor Mag. Christian Felber

I. Kontext und Ziele einer möglichen „Gemeinwohl-Modellregion“

1. Kontext
2. Bottom-up-Prozess in Regionen

II. Erstellung der Gemeinwohl-Bilanz in den öffentlichen Betrieben und Beteiligungen

1. Auswahl einer Gruppe von Pionier-Betrieben
2. Strategie für Ausweitung des Bilanzerstellungsprozesses auf alle öffentliche Betriebe
3. Demokratisierung der Daseinsvorsorge: öffentliche „Gemeinwohl-Allmenden“
4. Internationale Beispiele

III. Förderung der Privatwirtschaft

1. Förderung von Pioniergruppen und Beratung
2. Förderung des Aufbaus eines Audit-Systems
3. Umstellung des öffentlichen Einkaufs und Auftrags
4. Förderung der Entwicklung einer Gemeinwohl-Ampel
5. Start-up mit Ziel: Gemeinwohl-Hub
6. Förderung der Umstellung des Finanzsektors

IV. Förderung von Gemeinwohl-Gemeinden

1. Erstellung der Bilanz in den Kommunalbetrieben
2. Förderung der Pioniergruppen in der Privatwirtschaft
3. Organisation von BürgerInnenparlamenten für „Kommunalen Lebensqualitätsindex“
4. Organisation von „Kommunalen Wirtschaftskonventen“
5. Förderung geldwirtschaftlicher Alternativen

V. Förderung über Universitäten und Bildungseinrichtungen

1. Lehre
2. Forschung
3. Anwendung: Erstellung der Gemeinwohl-Bilanz
4. Öffentliche Veranstaltungen
5. Teilnahme an EU-weitem Universitätsnetzwerk
6. Informationsoffensive an Schulen

I. Kontext und Ziele einer möglichen „Gemeinwohl-Modellregion“

1. Kontext

Die gegenwärtige Wirtschaftsordnung leistet nicht nur einen Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlstand, sondern erzeugt auch ursächlich eine ganze Reihe von Problemen: Arbeitslosigkeit, Ungleichheit, Armut, Ausgrenzung, Hunger, Umweltschädigung, Klimawandel – die sozialen und ökologischen Krisen werden ergänzt durch drei zentrale kulturelle Krisen: Sinnkrise, Wertekrise und Demokratiekrise. In den Augen vieler BeobachterInnen handelt es sich um eine fundamentale Systemkrise, die nicht mehr durch einzelne Reformen gelöst werden kann, sondern durch einen „Systemwandel“; neben einem Wertewandel und einer Veränderung unseres Lebensstils auch durch eine Änderung der rechtlichen Wirtschaftsordnung.

Einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung vom Sommer 2010, die 2012 wiederholt wurde, wünschen sich 80 bis 90 Prozent der Menschen in Deutschland und Österreich eine „neue Wirtschaftsordnung“.¹ Die Zeit dürfte somit reif sein für eine neue „große Transformation“ (Karl Polanyi), diesmal jedoch in Richtung Wiedereinbettung der Wirtschaft in den gesamtgesellschaftlichen Kontext, in die Werte der Verfassungen und der Beziehungen, in die ökologischen Fundamente des Lebens, aus denen letztlich auch alle ökonomischen Werte erwachsen.

Die internationale Bewegung der Gemeinwohl-Ökonomie, die im Oktober 2010 startete, verfolgt dieses Ziel: Die Wirtschaft soll in Übereinstimmung gebracht werden mit den Verfassungswerten und -zielen, mit den Beziehungswerten, mit dem ökologischen Umfeld, in dem wir Menschen wirtschaften. Dazu wird eine „neue Wirtschaftsordnung entwickelt“, die in einem 20-Punkte-Modell beschrieben ist. Dies ist jedoch entwicklungs offen und soll in einem demokratischen Prozess von unten weiterentwickelt, entschieden und rechtlich verankert werden.

Der „Gesamtprozess Gemeinwohl-Ökonomie“ arbeitet entlang von vier strategischen Hauptsträngen:

1. Unternehmen (erstellen Gemeinwohl-Bilanz und bauen Kooperationsnetz auf)
2. Gemeinden und Regionen (Gegenstand dieses Gutachtens)
3. Universitäten und Bildungseinrichtungen
4. Lokale Gruppen („Energiefelder“), in denen sich alle Menschen engagieren können

2. Bottom-up-Prozess in Regionen

Die schon angesprochene Demokratiekrise – die Entscheidungsprozesse auf globaler, EU- und nationaler Ebene sind sehr stark von mächtigen Wirtschaftseliten beeinflusst – lässt wenig Hoffnung zu, dass eine neue Wirtschafts- und Finanzordnung von den Regierungen und Parlamenten der Nationalstaaten initiiert und entwickelt würde. Das Neue wird „von unten“ kommen müssen – über die Menschen in ihren Gemeinden und Regionen, über Unternehmensnetzwerke, über Gemeinden, Landkreise, Provinz- und Landesregierungen, die näher im Kontakt stehen mit der Bevölkerung als nationale Regierungen und internationale Organisationen.

Die Strategie der Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung ist deshalb, das Bewusstsein für Alternativen und die Wandlungenergie für ihre Umsetzung in den Gemeinden und Regionen zu generieren und die Umsetzung dezentral zu beginnen, das jedoch international. Wenn an vielen Orten in der Welt einerseits ähnliche Prozesse stattfinden und andererseits Vorschläge sowohl für eine „große inhaltliche Alternative“ als auch für neue demokratische Entscheidungsprozesse vorgezeichnet werden, besteht die Chance, dass dieser dezentrale Prozess eines Tages zum Erfolg führt.

Der vorliegende Text beschreibt, wie lokale und regionale AkteurInnen zum Großen Wandel beitragen und den Aufbau einer Gemeinwohl-Ökonomie beginnen können.

II. Erstellung der Gemeinwohl-Bilanz in den öffentlichen Betrieben und Beteiligungen

1. Auswahl einer Gruppe von Pionier-Betrieben

Der Start kann mit einer Gruppe ausgewählter Betriebe gemacht werden, die sich freiwillig als Pioniere engagieren und zudem gut eignen. Über diese Pioniergruppe kann ein wachsender Erfahrungsschatz aufgebaut und schrittweise auf die Gesamtheit aller Unternehmen im öffentlichen Eigentum und Einflussbereich ausgeweitet werden. Ziel des Gesamtprozesses ist die Erstellung einer Gemeinwohl-Bilanz für alle öffentlichen Betriebe der Region.

Zum einen wird dies eine Vorbildfunktion haben und aufzeigen, wie Arbeitsplatzqualität, Gleichstellung, soziale Gerechtigkeit, Ökologisierung, Regionalität und Nahversorgung, Demokratisierung, und sinnerfülltes Handeln und Wirtschaften in Einrichtungen des Staats und im privaten Sektor vorangetrieben werden können.

Zum anderen können damit traditionelle Leistungen der öffentlichen Hand, die nicht marktkonform und betriebswirtschaftlich rentabel sind – mithin **Gemeinwohl-Leistungen - sichtbar gemacht und vergleichbar**

¹ http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xml/nachrichten_113236.htm, Ergebnisberichte für Österreich: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/SID-DC413245-6B8FFE32/bst/xcms_bst_dms_36361_36362_2.pdf

ausgewiesen werden. Es entsteht die umgekehrte Situation der letzten Dekaden, in denen sich die öffentlichen Unternehmen anhand der Finanzbilanz mit Privatunternehmen messen (lassen) mussten und dabei prinzipiell die schlechteren Karten hatten, weil sie als öffentliche Unternehmen nicht primär Finanzgewinn anstreben, sondern Leistungen für die Allgemeinheit erbringen.

1.1. Exzellenz in allen Indikatoren durch Pionier-Betriebe

Bei der Zusammenstellung der Pionier-Betriebe kann darauf geachtet werden, dass für jeden der 17 Bilanz-Indikatoren ein Betrieb gefunden wird, der die maximale Punkteanzahl zu erreichen versucht, zum Beispiel Beschaffungswesen, ethisches Finanzmanagement, Arbeitsplatzqualität oder Transparenz und Demokratie. So können im Sinne eines arbeitsteiligen Lernprozesses alle Bilanzziele erreicht und die gesammelten Erfahrungen für alle fruchtbar gemacht werden.

1.2. Abteilung für Gemeinwohl-Bilanz-Evaluierung

Zur Unterstützung des Prozesses wird in der regionalen/lokalen Verwaltung ein Kristallisationskern für Gemeinwohl-Evaluierung eingerichtet werden, der in Kooperation mit dem Verein zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie (später internationaler Verband) ein hochqualitatives Audit-System entwickelt.

2. Strategie für Ausweitung des Bilanzerstellungsprozesses auf alle öffentliche Betriebe

Während die ersten Erfahrungen mit den Pionierbetrieben gesammelt werden, wird eine Strategie zur Ausweitung der Bilanzerstellung auf sämtliche öffentliche Betriebe ausgearbeitet – mit Lerngruppen, Mentoring-Prozessen, Fortbildungsangeboten. Hier ist eine Kooperation mit der im Aufbau befindlichen „Gemeinwohl-Akademie“ denkbar. Öffentlich gemachte Zeitpläne für die Transformation können die Motivatin verstärken.

3. Demokratisierung der Daseinsvorsorge: „öffentliche Gemeinwohl-Allmenden“

Eine weltweit erfolgreiche Alternativstrategie zur Privatisierung und/oder zur (Finanz)Rentabilisierung der Daseinsvorsorge ist ihre Demokratisierung. Stadtwerke, EVU, Verkehrsbetriebe und andere Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge könnten in „öffentliche Gemeinwohl-Allmenden“ umgewandelt werden. Das können Unternehmen sein, die zwar öffentliches Eigentum sind, jedoch demokratisch organisiert und verwaltet werden. Ein Beispiel dafür ist das kalifornische Energiedienstleistungsunternehmen SMUD. Seit 1946 werden dort Vorstand und Aufsichtsrat von allen Bürgern und Bürgerinnen direkt gewählt – mit beeindruckendem Erfolg: Das Unternehmen setzt die Prioritäten in der Unternehmenspolitik gemäß den Präferenzen der Bevölkerung: Erneuerbare Energien (weit über dem gesetzlichen Standard in Kalifornien), Energieeffizienz (weit über dem gesetzlichen Standard in Kalifornien), Servicequalität, und erst an vierter Stelle der Tarif. Vorstands- wie Aufsichtsratssitzungen sind öffentlich, die Bevölkerung kann Eingaben machen und Impulse setzen. Der Gemeinwohlleistungskatalog von SMUD umfasst 13 Seiten.²

4. Österreichische Beispiele

Die erste öffentliche Stelle, die eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt hat, ist die Kulturabteilung der Stadt Weiz. Zahllose öffentliche Einrichtungen und Betriebe in Österreich, Deutschland, Italien, der Schweiz und Spanien überlegen, ob sie eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen wollen. Das Spektrum reicht von Stadtwerken und dem Rathaus selbst über Bahnunternehmen und Universitäten bis hin zu Museen und Kultureinrichtungen. Ein Erfahrungsaustausch mit diesen Betrieben wird sicher hilfreich für die eigene Arbeit sein. Eine Liste wird permanent aktualisiert und vom Verein auf Anfrage gerne zur Verfügung gestellt.

III. Förderung der Privatwirtschaft

1. Förderung von Pioniergruppen mit Beratung

Die Gemeinwohl-Bilanz eignet sich für Unternehmen jeder Größe, Branche und Rechtsform. Um den Einstieg in den Bilanzerstellungsprozess zu erleichtern, gibt es drei Abstufungen. Schon davor kann jedes Unternehmen seine Unterstützung des Gesamtprozesses auf der Website des Vereins zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie kundtun. Im August 2013 hatten sich über 1300 Unternehmen aus 22 Staaten als Unterstützer-Unternehmen eingetragen.³ Rund ein Drittel aller eingetragenen Unternehmen ist schon jetzt bereit, die Bilanz zu erstellen. Der Verein bietet folgende drei Stufen des Engagements an:

- *1 Löwenzahnsämchen:* Das Unternehmen erstellt spielerisch eine vereinfachte „Einstiegsbilanz“, die es jedoch nicht testen lässt („Mitglied-Unternehmen der Gemeinwohl-Ökonomie“).

² <http://www.smud.org>

³ <http://economia-del-bene-comune.it/de/content/unterstuetzerinnen-liste>

- 2 *Löwenzahnsämchen*: Das Unternehmen erstellt – idealerweise in einer Pioniergruppe gemeinsam mit einigen weiteren Unternehmen – die Bilanz und diese evaluieren sich gegenseitig („Mitglied-Unternehmen der Gemeinwohl-Ökonomie mit peer-evaluierter Gemeinwohl-Bilanz“).
- 3 *Löwenzahnsämchen*: Das Unternehmen erstellt – idealerweise in einer Pioniergruppe gemeinsam mit einigen weiteren Unternehmen – die Bilanz und lässt sich extern auditieren („Mitglied-Unternehmen der Gemeinwohl-Ökonomie mit auditierter Gemeinwohl-Bilanz“).

Die derzeit am häufigsten gewählte Form ist die mittlere: Die Unternehmen sind bereit, die Bilanz zu erstellen in einer Gruppe bekannter Unternehmen in der Region, sie haben aber noch „Respekt“ vor dem externen Audit. Die meisten Pionier-Gruppen ziehen es allerdings vor, von einer professionellen GWÖ-BeraterIn begleitet und unterstützt zu werden. Die hier anfallenden Kosten könnten von der Wirtschaftsförderung oder dem Umweltservice ganz oder teilweise übernommen werden. In Österreich tun dies die Bundesländer Wien („Ökobusinessplan“), Steiermark (Wirtschaftsinitiative Nachhaltigkeit, WIN) und Vorarlberg („Ökoprofit“) bereits – es liegen also schon jetzt Erfahrungen in ersten Regionen vor. Die Förderung des Audits könnte sich am Bilanzergebnis orientieren, um schon jetzt einen ersten positiven Anreiz zu schaffen.

2. Förderung des Aufbaus eines Audit-Systems

Die Gemeinwohl-Bilanz könnte als erstes „CSR-Instrument der 2. Generation“ betrachtet werden. Das bedeutet, dass sie eine Reihe von Anforderungskriterien erfüllt, welche von den Instrumenten der 1. Generation nicht erfüllt werden, zum Beispiel

- Ganzheitlichkeit (alle Verfassungs- oder Grundwerte)
- Anwendungsfreundlichkeit (z. B. gut beschriebene 17 Indikatoren)
- Messbarkeit und damit Vergleichbarkeit
- Öffentlichkeit und Verständlichkeit (Überschaubarkeit)
- Rechtsverbindlichkeit und Rechtsfolgen (differenzierte Behandlung je nach Ergebnis)
- Externe Evaluierung (Audit)

Die externe Evaluierung ist nötig, damit sich Unternehmen nicht selbst oder gegenseitig bewerten oder eine befreundete Rating- oder Zertifizierungsfirma beauftragen mit weniger aussagekräftigem Ergebnis. Der Verein zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie baut seit 2011 ein internationales Audit-System auf. Die Unternehmen können wählen zwischen einer Peer-Evaluierung (durch andere Unternehmen) oder einem Audit. Für beide Verfahren werden Testate ausgestellt, die zusammen mit dem Gemeinwohl-Bericht die „Gemeinwohl-Bilanz“ eines Unternehmens ergeben. Das Verfahren der Peer-Evaluierung ist „unabhängiger“ und „spielerischer“. Es eignet sich besonders für EinsteigerInnen, KMU und zur Verbesserung und Weiterentwicklung des Audit-Verfahrens. Das Audit-Verfahren muss in einem späteren Reifungsstadium imstande sein, das Verhalten von komplexen Großunternehmen zu bewerten, was noch einen Entwicklungsprozess erfordert. Um die Unternehmen eventuell nicht mit neuen Auditsystemen zu belasten, könnten zum Beispiel auf der Basis der international bereits bewährten GRI – Richtlinien der Global Reporting Initiative solche Audits entwickelt werden. Die autonome Provinz Südtirol könnte diese Entwicklungsarbeit unterstützen, z. B. in Form von Audit-Akademien (sie sind als Teil der Gemeinwohl-Akademien geplant) oder in Form von Förderungen für Audits in Pionier-Unternehmen, um diese zu diesem Schritt zu motivieren.

Die Europäische Kommission plant in einem Richtlinien-Entwurf die verpflichtende Berichterstattung über soziale und ökologische Kriterien für Großunternehmen ab 500 Beschäftigten ab 2015. Somit zeichnet sich ein verbindliche CSR-Bilanz bereits jetzt ab. Die Großunternehmen der Provinz wären dann schon auf die kommende gesetzliche Regulierung gut vorbereitet. Vielleicht wird es aber auch bald eine vereinfachte Form der verbindlichen „Ökosozialbilanzlegung“ für KMU geben.⁴

3. Umstellung des öffentlichen Einkaufs

Der öffentliche Einkauf von Produkten und Dienstleistungen macht rund ein Fünftel der Volkswirtschaftsleistung aus: ein mächtiger Hebel zur Steuerung der Märkte in eine gewünschte ethische Richtung. Viele Gemeinden und Länder haben bereits Beschlüsse in Richtung „bio“ und „fair trade“ getroffen und sind in der Umsetzung. Die Berücksichtigung der Gemeinwohl-Bilanz beim öffentlichen Einkauf oder die Bedingung der Erstellung wären die „nächsten“ konsequenten Schritte auf diesem Weg. Eine „Gemeinwohl-Modell-Region“ zeichnet sich dadurch aus, dass – wiederum beginnend über Pilotgemeinden und/oder Teile der öffentlichen Verwaltung – die Berücksichtigung der Gemeinwohl-Bilanz zum Standard sowohl der Ausschreibungspraxis als auch bei Kleinstaufträgen unterhalb der Ausschreibungsschwelle wird. Regionale und internationale Unternehmen können sich auf diese sich verändernden Anreizbedingungen einstellen und erhalten dadurch einen mächtigen Anreiz, die Gemeinwohl-Bilanz zu erstellen. Die Rechtsmeinungen zur Frage, ob eine solche Wegentscheidung dem Vergaberecht der EU widerspricht, gehen auseinander. Falls es so wäre, könnte eine Gruppe europäischer Regionen in der EU auf eine entsprechende Änderung der Richtlinie hinwirken.

⁴ http://ec.europa.eu/internal_market/accounting/non-financial_reporting/index_de.htm

4. Förderung der Entwicklung einer „Gemeinwohl-Ampel“

Manche „Nachhaltige Regionen“ entwickeln eine eigene Regionalmarke, um bestimmte Qualitätsmerkmale zu kennzeichnen. Eine eigene regionale Marke wäre in diesem Fall nicht zwingend nötig, weil die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung eine international gültige Produktkennzeichnung plant – z. B. eine Ampel in fünf Farben – welche die Gemeinwohl-Performance des Unternehmens, das die Produkte verkauft, anzeigt. Die KonsumentInnen haben dadurch eine umfassende (ganzheitliche) ethische Produktinformation zur Verfügung. Bei entsprechender technischer Ausstattung können die KundInnen mit dem Handy über die Ampel streichen und so die Website und vollständige Gemeinwohl-Bilanz des betreffenden Unternehmens einsehen.

Erstmals in der Geschichte der Marktwirtschaft würde eines ihrer Grundversprechen großräumig näherungsweise erfüllt: das nach umfassender und symmetrischer Information. Heute erfährt die mündige KonsumentIn vom durchschnittlichen Produkt im Supermarktregal in der Regel nicht,

- wer es mit welchem Managementsystem (für Qualität, Umwelt, Gesundheit) hergestellt hat
- unter welchen Arbeitsbedingungen
- mit welchem ökologischen Fußabdruck
- ob Frauen und Männer gleich behandelt und bezahlt werden
- wie die Erträge verteilt werden
- wie die Entscheidungen getroffen werden
- ob das Unternehmen seine Gewinne fair versteuert oder mit Hilfe von Steueroasen minimiert
- ob es Lobbyisten engagiert oder Parteien finanziert
- (...)

Die gegenwärtige Marktwirtschaft ist, trotz einer wachsenden Zahl von – freiwilligen – Produktlabels, in Summe zutiefst intransparent. Die wesentlichen Informationen stehen den KonsumentInnen nicht zur Verfügung, weshalb sie derzeit in vielen Fällen eine vernünftige und rationale Kaufentscheidung gar nicht treffen können. Das würde sich mit der Gemeinwohl-Ampel ändern. Diese muss noch entwickelt und auf ersten Produkten ausprobiert werden. Diese Ampel könnte bei einer Informatik- oder Design-FH in Auftrag gegeben werden. Sodann würden die oben angesprochenen Unternehmensförderungen an die Anwendung dieser Gemeinwohl-Ampel geknüpft werden.

5. Ethische Start-ups im Gemeinwohl-Hub

Viele Regionen fördern bereits diverse Start-up-Programme, in diesen könnte eine eigene Schiene „Gemeinwohl-Startups“ eingerichtet werden. Das bedeutet, dass diese Unternehmen eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen oder sogar die Rechtsform eines „Gemeinwohl-Unternehmen“ wählen (s. Abschnitt VII. 1.). Als „Labor“ für diese ethischen Unternehmenskeime könnte ein „Gemeinwohl-Hub“ eingerichtet werden. Dieses setzt von Beginn an 100%-Ethik-Unternehmen in die Welt beziehungsweise auf den Markt. Das Hub im Eigentum der Provinz könnte auch als politische AkteurIn wirken und sich an den sich häufenden Diskussionen zu Wirtschaftsethik, CSR und Social Businesses aktiv beteiligen und das Bild von Unternehmen, Märkten und Wirtschaft insgesamt wandeln helfen.

6. Förderung der Umstellung des Finanzsektors

6.1. Gemeinwohl-Banken-Region

Die autonome Provinz Südtirol könnte die Banken im Land einladen, eine Gemeinwohl-Bilanz zu erstellen und zur ersten Region Europas werden, in der Banken eine GW-Bilanz erstellen. Das könnte die angeschlagene Glaubwürdigkeit des Finanzsektors wiederherstellen. Es gibt bereits Banken, die Interesse an der Erstellung einer Gemeinwohl-Bilanz haben. Bis August 2013 haben zwei Banken die Gemeinwohl-Bilanz erstellt: Die Sparda München und die Raika Lech am Arlberg. Eine Reihe weiterer Banken in Spanien, der Schweiz, Deutschland und Österreich haben Interesse und stehen im Kontakt mit dem Verein zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie.

6.2. Ausgabe einer regionalen Komplementär-Währung

Das gegenwärtige Währungssystem ist krisenanfällig, es schwächt regionale Wirtschaftskreisläufe und zwischenmenschliche Beziehungen, und es ist von einem tiefen Demokratiedefizit gekennzeichnet. Nach der Meinung des Autors adressieren die vier wichtigsten Vorzüge von regionalen Komplementärwährungen genau diese Probleme:

1. Stärkung der regionalen Wertschöpfung
2. Erhöhung der Resilienz
3. Festigung der lokalen sozialen Beziehungen
4. Stärkung der Demokratie.

In einer Gemeinwohl-Modellregion Südtirol könnten ein „Südtiroler“, ein „Dolomiten-Taler“ o. ä. als Regionalwährung geschaffen werden. Die Provinz könnte die Basisversorgung in dieser Regionalwährung absichern: Lebensmittel, lokal erzeugte Energie, Wasser, Holz, Saatgut und persönliche Dienstleistungen.

Spannende Vorbilder sind der Chiemgauer⁵, der Sterntaler in Berchtesgaden⁶ oder die Langenegger Talente im

⁵ <http://www.chiemgauer.info/>

⁶ <http://www.regiostar.com/3.0.html>

Bregenzer Wald.⁷

6.3. Unternehmenswährung

Eine andere Form der lokalen Komplementärwährung wäre eine unternehmensinterne Verrechnungseinheit nach dem Vorbild des Schweizer „WIR“. In „Friedenszeiten“ und bei Überfluss braucht es ein solches Kooperationssystem nicht so dringend, deshalb hat das WIR-System in den letzten Jahren an Attraktivität verloren. Doch in Krisenzeiten oder im Zuge einer Systemtransformation, an der sich zuerst Pionier-Unternehmen beteiligen, könnten diese mit Unterstützung des Landes eine „Solidarwährung“ selbst entwickeln und verwenden.

Ein sehr spannendes und jüngeres Modell ist die sich ausbreitende Regionale Wirtschaftsgemeinschaft „Rewig“ in und rund um München.⁸

IV. Förderung von Gemeinwohl-Gemeinden

Die „Gemeinwohl-Gemeinde“ ist eine der drei zentralen strategischen Säulen des „Gesamtprozesses Gemeinwohl-Ökonomie“. Der Gesamtprozess versucht, den kleinsten Einheiten der Gesellschaft ein konkretes Beteiligungs-, Entwicklungs- und Lerninstrument in die Hand zu geben: Privatpersonen das Angebot zur Gründung eines lokalen „Energiefeldes“ nach einem vorgegebenen unterstützenden Leitfadens; Unternehmen die Gemeinwohl-Bilanz; und politischen Gebietskörperschaften das Modell der „Gemeinwohl-Gemeinde“. Seit dem Start des Gesamtprozesses im Oktober 2010 haben sich mehr als 1300 Unternehmen aus 22 Staaten als Unterstützer-Unternehmen auf der Website des Vereins eingetragen. Rund 100 Energiefelder wurden in Deutschland und Spanien (je 30), Österreich (10), der Schweiz (8), Italien (3), Großbritannien, USA und Lateinamerika gegründet. Dutzende Gemeinden und Regionen zeigen Interesse, zur Gemeinwohl-Gemeinde zu werden – von der Millionenmetropole über Euro-Regionen und Landkreise bis hin zu Einzelgemeinden und Gemeindeverbänden in Gebirgstälern.

Bis August 2013 haben fünf Gemeinden den formalen Beschluss gefasst, zur Gemeinwohl-Gemeinde zu werden: die vier Vintschgauer Gemeinden Mals, Laas, Latsch und Schlanders sowie die spanische Gemeinde Miranda de Azán in der Nähe von Salamanca.

Großes Interesse haben – neben vielen anderen – die Stadt Weiz in der Steiermark, Pfaffenhofen an der Ilm in Bayern sowie Muro de Alcoi bei Alicante.

Das Modell der „Gemeinwohl-Gemeinde“ setzt sich – derzeit – aus fünf Kernprojekten zusammen, die im folgenden erläutert werden sollen. Für ein jedes dieser Projekte kann eine Gemeinwohl-Gemeinde je ein „Löwenzahnsämchen“ erwerben, in Summe also fünf Sämchen, analog zum 5-Sterne-System bei Hotels. Der Löwenzahn ist die Logoblume der GWÖ-Bewegung, weil sie allen vertraut ist: Das Gemeinwohl soll nichts Exotisches sein. Außerdem steht sie in der biologisch-dynamischen Landwirtschaft für „Verwandlung“. Die Sämchen sollen „Verbreitung mit Leichtigkeit“ symbolisieren.

1. Erstellung der Bilanz in den Kommunalbetrieben (erstes Sämchen)

Die meisten Kommunen haben Wirtschaftsbetriebe, Beteiligungen, Verwaltungseinheiten oder andere Rechtskörper, welche die Gemeinwohl-Bilanz erstellen können – mit dem Effekt:

- a) der Vorbildwirkung für Privatunternehmen sowie in Hinblick auf eine Systemtransformation,
- b) dem Gewinn eines Instruments für ganzheitliche Organisationsentwicklung und
- c) der transparenten, verständlichen, und objektiv evaluierten Ausweisung von Gemeinwohl-Leistungen, durch die sich öffentliche Unternehmen und Unternehmen im öffentlichen Einflussbereich auszeichnen (sollten).

Damit bekommen öffentliche Betriebe in der politischen Privatisierungsdiskussion das beste und logischste Argument in die Hand: Während sie im betriebswirtschaftlichen Vergleich anhand der Finanzbilanz oft nicht standhalten können, weil das nicht ihre primäre Zielsetzung ist; punkten sie bei der Erbringung von volkswirtschaftlichen und Gemeinwohl-Leistungen, ihrer genuinen Aufgabe. Hier schneiden Privatunternehmen, insbesondere jene, die öffentliche Unternehmen aus ökonomischen Motiven kaufen, in aller Regel schlechter ab.⁹ Mit anderen Worten: Öffentliche Betriebe haben in der Regel einen Wettbewerbsnachteil gegenüber privaten Anbietern, wenn man lediglich finanzielle Gesichtspunkte heranzieht – dieser Nachteil kann durch die Gemeinwohl-Bilanz ausgeglichen werden, die auch soziale, ökologische, demokratische Aspekte und Ziele abfragt und ausweist.

Gleich wie bei Privatunternehmen empfiehlt es sich, eine Gruppe von Pionier-Gemeinden zusammenzustellen, die gemeinsam lernen und erste Erfahrungen sammeln können, die dann wiederum für alle nachfolgenden fruchtbar gemacht werden kann. Die vier genannten Vintschgauer Gemeinden beschreiten genau diesen Weg: Zehn identifizierte Bereiche der Kommunalwirtschaft (Rathaus, Bauhof, Energieversorgung, Kindergarten, Schwimmbad, ...) wurden auf

⁷ <http://www.talentierte.at/index.php?id=112>

⁸ <http://rewig-muenchen.de/>

⁹ REIMON / FELBER.

die Gemeinden aufgeteilt, und jede erstellt in einigen davon die Bilanz. So werden zum einen sämtliche Kommunalbetriebe bilanziert, zum anderen hält sich der Aufwand aller Pionier-Gemeinden in Grenzen. Eine Übersicht über Aufteilung und Prozess befindet sich im Anhang 2.

Die politisch Verantwortlichen bekommen ein „hartes“ Instrument der Evaluierung ihrer Arbeit in die Hand. Eine extern auditierte Gemeinwohl-Bilanz ist glaubwürdiger und damit langfristig das bessere politische Argument als ein Versprechen oder eine Behauptung ohne Wahrheitsnachweis.

Und wenn im ganzen Land öffentliche (und private) Unternehmen als Leuchttürme beginnen, ihre Gemeinwohl-Leistungen auszuweisen, könnte dies einen flächenhaften Effekt auf das gesamte Land bewirken, noch bevor die Gemeinwohl-Bilanz rechtsverbindlich ist.

2. Förderung der Pioniergruppen in der Privatwirtschaft (zweites Sämchen)

So wie die Provinz eine Pionier-Gruppe von Bilanz-Unternehmen bilden, fördern und begleiten kann, kann dies jede Gemeinde tun. Durch die lokale Nähe ist die Motivation eventuell noch höher. In Bayern und anderen Regionen hat sich die Praxis „Peer-Gruppe mit Evaluierungsprozession“ bewährt: Drei bis acht Unternehmen lernen gemeinsam unter – womöglich vom Land geförderter – Anleitung in einer Kleingruppe und evaluieren sich am Beginn gegenseitig im Zuge eines Betriebsbesuches. Damit wird das spätere Besuchsaudit „generalgeprobt“, ohne das ein Audit nicht glaubwürdig ist. Es beginnt aber nicht mit einer Kontrolle durch „fremde Personen“, sondern durch befreundete UnternehmerInnen, was die Hemmschwelle für das „Sich-kontrollieren-Lassen“ deutlich absenkt. Zudem entstehen am Beginn, wo die Methode noch kaum bekannt ist, nur geringe Kosten. Wenn später zum vollwertigen Audit gewechselt wird, sind dann mit höherer Wahrscheinlichkeit die Türen für dessen Finanzierung – auch durch Förderung oder Sponsoring – offen.

Pionier-Gruppen ziehen erfahrungsgemäß weitere Pionier-Gruppen nach sich. In Südtirol ist bereits die dritte „Staffel“ von Unternehmen in einen gemeinschaftlichen Bilanzerstellungsprozess gestartet, in Vorarlberg ist die zweite Staffel soeben fertig geworden und die dritte in Vorbereitung.

3. Organisation von BürgerInnenparlamenten für „Kommunalen Lebensqualitätsindex“ (drittes Sämchen)

Ein Grundpfeiler der Gemeinwohl-Ökonomie ist die wirtschaftliche Erfolgsmessung direkt an den Zielen des Wirtschaftens anstelle der heute üblichen Erfolgsmessung anhand der Mittel (Finanzkennzahlen). Das Gemeinwohl-Produkt würde in diesem Sinne das BIP ablösen. Vorbild ist das „Bruttonationalglück“ im Bhutan. Dieses setzt sich aus 133 Indikatoren und Subindikatoren zusammen. In den letzten Jahren wurden dort 6.000 Haushalte befragt – zu verschiedensten Aspekten von Lebensqualität und Gemeinwohl:

- Wie gesund fühlen Sie sich?
- Schlafen Sie ausreichend?
- Fühlen Sie sich in der Familie wohl?
- Stimmt ihre Work-Life-Balance?
- Haben Sie ein Wahlrecht?
- Haben Sie den Eindruck, dass Ihr Verdienst gerecht ist?
- Haben Sie täglich Zeit zum Pause machen, beten oder meditieren?
- Wie viel spenden Sie und engagieren sich ehrenamtlich?
- Wie steht es um die Wälder, Gewässer, Weiden und das Vieh?
- etc.¹⁰

Das Prinzip ist einleuchtend, allerdings sind 133 Fragen aus der Sicht des Autors zahlreich. Die Idee, wie ein Gemeinwohl-Produkt „wachsen“ könnte, ist folgende: In Pionier-Gemeinwohl-Gemeinden ermitteln die BürgerInnen jene Faktoren für Lebensqualität, die ihnen am wichtigsten erscheinen. Durch die Messung dieser Indikatoren, die von den BürgerInnen selbst entwickelt wurden, können sowohl die Kommunalpolitik als auch die WählerInnen prüfen, ob ihre Politik erfolgreich war.

Sobald Hunderte oder Tausende Gemeinden ihren Lebensqualitätsindex ermittelt haben, könnte zum Beispiel über ein Delegiertenverfahren eine Versammlung zur Komposition des „Gemeinwohl-Produkts“ tagen. Das Ergebnis, das Gemeinwohl-Produkt, könnte wiederum vom eigentlichen Souverän, den BürgerInnen selbst, entweder als Ganzes abgestimmt werden oder in jeder einzelnen Komponente via SK-Methode. (In der Methode des „Systemischen Konsensierens“ können mehrere Optionen vorgeschlagen und gemeinsam abgestimmt werden. Gemessen wird der Widerstand gegen alle Vorschläge. Im Regelverfahren „gewinnt“ der Vorschlag, welcher den geringsten Widerstand erfährt.¹¹) Im letzteren Fall würden nur diejenigen „Komponenten“ in das Gemeinwohl-Produkt aufgenommen, die in der Bevölkerung auf breite Zustimmung = geringen Widerstand stoßen.

Aus dem BürgerInnen-Beteiligungsprozess I („Kommunaler Gemeinwohl-Index“) könnte der BBP II folgen („Kommunaler Wirtschaftskonvent“). Der Verein zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie hat bereits einen 30-seitigen Leitfaden für den BBP II ausgearbeitet (s. Anlage). Unsere Empfehlung ist, beide Prozesse hintereinander zu

¹⁰ <http://www.gnhc.gov.bt/> und <http://de.wikipedia.org/wiki/Bruttonationalgl%C3%BCck>

¹¹ <http://www.sk-prinzip.eu/>

organisieren, weil beim ersten die Ziele geklärt werden („Vision“), und beim zweiten dann die entsprechende Beschreibung der zur Erreichung der Vision notwendigen Wirtschaftsordnung („Strategie“).

4. Organisation von „Kommunalen Wirtschaftskonventen“ (viertes Sämchen)

Wie eingangs erwähnt, wünschen sich laut einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung vom Juli 2010 (Wiederholung im August 2012) 80 – 90% der Menschen in Deutschland in Österreich eine „neue Wirtschaftsordnung“. Doch die legislative Gewalt, die gewählten Parlamente, lassen derzeit jede Initiative vermissen, die gegenwärtige Wirtschaftsordnung in Frage zu stellen oder gar zu ändern. Deshalb führt nach Ansicht des Autors nur eine Kombination direkter mit indirekter Demokratie zum Ziel.¹²

Die Wahl von Konventen ist in Demokratien nichts Außergewöhnliches, sondern Alltägliches. Allerdings sollten Konvente in echten Demokratien vom Souverän beschickt werden durch direkte Wahl oder Delegation, und nicht von der Vertretung des Souveräns. Letzteres wäre ein Bruch mit dem Prinzip der Gewaltentrennung, demzufolge – in der Sicht des Autors – die „Spielregeln“ (ein Teil oder die gesamte Verfassung) vom Souverän geschrieben werden sollten und an die sich die VertreterInnen des Souveräns halten müssen. Beispiele für demokratische schwach legitimierte „Top-down-Konvente“ waren der EU-Verfassungskonvent (2002 – 2003) oder der österreichische Verfassungskonvent (2003 – 2005). Beispiele für stärker legitimierte direkt gewählte Konvente waren der Verfassungskonvent in Zürich (2000 – 2005) oder jener in Island (2011) (s. Kapitel X).

Ein Konvent arbeitet üblicherweise einen Verfassungsteil (z. B. die EU-Grundrechtecharta) aus oder die gesamte Verfassung. Der hier vorgeschlagene Wirtschaftskonvent würde „nur“ den Wirtschaftsverfassungsteil erneuern, also einen relativ kleinen Ausschnitt der bestehenden Verfassungen, der Autor schätzt die Länge des Endergebnisses auf zwei bis fünf Seiten. Es geht um das Wesentliche, und nicht um die Details, diese werden auch weiterhin in den Ausführungsgesetzen respektive in der laufenden legislativen Arbeit des Parlaments festgelegt. Jedoch hätte das Parlament im Unterschied zu heute sowohl einen konkreteren Verfassungsrahmen, innerhalb dessen es die Wirtschaftsgesetze beschließt, zum anderen wäre dieser etwas ausführlicher. Dazu ein Beispiel: In der Bayerischen Verfassung steht wörtlich: „Die Erbschaftssteuer dient auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern.“¹³ Das ist eine klare Zielbestimmung, doch was es konkret bedeutet, insbesondere in welcher Höhe das Erbrecht begrenzt wird, steht nicht in der Verfassung. Es bräuchte daher ein oder zwei zusätzliche Sätze, um das Ziel sinnvoll zu konkretisieren. Alles Weitere würden auch weiterhin die Ausführungsgesetze regeln. Die Kommunalen Wirtschaftskonvente würden – nachdem die Ziele (Lebensqualitätsindex - „Vision“) feststehen – auf dieser Basis die wichtigsten Rechtselemente einer demokratischen Wirtschaftsordnung beschreiben. Welche das genau sind, sollte ebenfalls dem demokratischen Prozess, d. h. den BürgerInnen, überlassen bleiben. Die „Kompetenzkompetenz“ obliegt dem souveränen Bevölkerung, das ist die Essenz ihrer Souveränität. Niemand kann dem Souverän vorschreiben, worüber er befinden darf und worüber nicht. Es ist jedoch anzunehmen, dass nach einiger Diskussion die Bevölkerung überall sehr ähnliche Kernfragen behandeln wird: Eigentum und Demokratie, Markt und Regulierung, Erfolgsmessung auf betriebs- und volkswirtschaftlicher Ebene, Mindest- und Höchstehkommen, Sozialstaat und Steuern, ökologische Grundsatzfragen, das Verhältnis von produktiver und reproduktiver Arbeit. Wie so ein Konventprozess ablaufen könnte, hat der Verein zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie in einem Leitfaden auf 20 Seiten festgehalten. Es handelt sich dabei um einen ersten „Prototypen“, mit dem erste Erfahrungen gesammelt werden können. Im Sinne der Vielfalt wäre es wünschenswert, dass auch weitere Prototypen entwickelt werden und zur Anwendung kommen. Die Gemeinwohl-Gemeinden und -Regionen sollen den Prozess kreativ mitentwickeln und ihre Erfahrungen austauschen und gemeinsam lernen. Das entspricht der Intention des Gesamtprozesses und der Vision einer Gemeinwohl-Ökonomie: Sie landet nicht „von oben“ und alle unteren Ebenen führen sie aus, sondern sie wird nach dem Säen der Ideen an den untersten Ebenen selbst entwickelt und wächst dann organisch nach oben: ein evolutionärer Systemwandel.

Analog zum BürgerInnen-Beteiligungsprozess I könnten auch bei den Konventen die Ergebnisse in einem Synthese-Verfahren zusammengeführt werden: durch ein Delegiertensystem oder durch direkte Wahl der Konventsmitglieder. Diese würden beauftragt, in empathischem Dialog mit der Bevölkerung einen Entwurf für einen Wirtschaftsverfassungsteil auszuarbeiten. Abgestimmt würde dieser vom Souverän, der höchsten demokratischen Instanz. Auch hier könnte die SK-Methode zum Einsatz kommen: Als angenommen gelten nur jene Passagen, die keinen großen Widerstand hervorrufen.

5. Förderung geldwirtschaftlicher Alternativen (fünftes Sämchen)

Das letzte Sämchen können sich Gemeinwohl-Gemeinden verdienen, indem sie finanz- und geldwirtschaftliche Alternativen unterstützen und einladen. Zum Beispiel:

- Sämtliche Banken im Gemeindegebiet werden eingeladen, die Gemeinwohl-Bilanz erstellen;
- Eine Alternativ- oder Ethikbank wird eingeladen, eine Filiale im Gemeindegebiet zu eröffnen;
- Lokale Tausch- oder Zeitbankensysteme werden unterstützt;

¹² FELBER (2012), Kapitel „Weiterentwicklung der Demokratie“, S. 119 ff.

¹³ Verfassung des Freistaats Bayern, Art. 123.

- Die Gemeinde bringt selbst eine Komplementärwährung in Umlauf oder unterstützt eine solche aktiv und akzeptiert sie als Steuer, wie es die Vorarlberger Gemeinde Langenegg bereits praktiziert.¹⁴

V. Förderung über Universitäten und Bildungseinrichtungen

1. Lehre

Die Gemeinwohl-Ökonomie hat bereits Eingang in die Lehre an Schulen und Universitäten gefunden, einige Beispiele:

- In zahlreichen Mittelschulen ist die GWÖ Unterrichtsinhalt oder Gegenstand von Haus- und Maturaarbeiten.
- In Barcelona hat eine 10-jährige in ihrer Grundschulklasse ein Referat über die GWÖ gehalten.
- An der Universität Barcelona ist die spanische Version des Buches „Gemeinwohl-Ökonomie“ in einigen Lehrveranstaltungen Pflichtlektüre.
- An der TU Berlin arbeiten Studierende im Rahmen eines selbst organisierten Projekts „Gemeinwohlbilanzierung“ an einem Werkzeug zur Messung und Darstellung der Gemeinwohl-Bilanz von Unternehmen.
- An der Universität Graz findet im Sommersemester 2013 eine Lehrveranstaltung zum Thema Gemeinwohl-Ökonomie statt.
- Viele Wirtschaftsdozenten integrieren die GWÖ in ihre Lehrveranstaltungen zu Management, Nachhaltige Entwicklung, Organisation und Marketing oder nachhaltige Unternehmensführung.
- Die Universität Salzburg und das Management-Center Saalfelden bereiten gemeinsam einen „MBA Gemeinwohl-Ökonomie“ ab dem Wintersemester 2014.
- Ein UNESCO-Club integriert die Gemeinwohl-Ökonomie in sämtliche ihrer Programme. Mittelfristiges Ziel ist ein eigener UNESCO-Lehrstuhl Gemeinwohl-Ökonomie: <http://www.unesco-heritage.org/educacion/educacion/noticias/716-colaboramos-con-christian-felber,-creador-de-la-econom%C3%ADa-del-bien-com%C3%BAAn.html>

Um zur Verbreitung der GWÖ – insbesondere auch im Unterricht – beizutragen, kann die Provinz Südtirol über das Landesbildungswerk, Informationen an Volkshochschulen, Fachhochschulen, Universitäten, Mittelschulen und Pflichtschulen unterschiedlichste Impulse setzen.

2. Forschung

Der Arbeitskreis „Wissenschaft“ innerhalb der Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung hat eine ganze Reihe von Fragen gesammelt, die einer weitergehenden Forschung bedürfen oder dazu einladen: Fragen, die Verteilung und Motivation betreffen;

- Demokratie, Motivation und Effizienz;
- die Berechnung des ökologischen Fußabdrucks oder die
- Kernelemente „Gemeinwohl-Bilanz“ und
- „Gemeinwohl-Produkt“ selbst.

Hierzu könnten gezielte Aufträge oder EU- und auch weltweite Forschungsarbeiten in Auftrag gegeben und durchgeführt werden.

Aufgrund erster öffentlicher Veranstaltungen und spezieller Lehrveranstaltungsangebote sind an der juristischen, theologischen und gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Salzburg Abschluss- und Seminararbeiten zur Gemeinwohl-Ökonomie verfasst worden. Ein Dissertationsvorhaben zum Thema befindet sich in Planung.

3. Anwendung

Zahlreiche Universitäten prüfen gerade die Möglichkeit der Erstellung einer Gemeinwohl-Bilanz im eigenen Haus. Die Lausanne Business School hat als erste Bildungseinrichtung eine Bilanz erstellt und Hilfe angeboten, diese für andere Hochschulen zu adaptieren. Diesem Beispiel könnten die Universitäten und Hochschulen in Südtirol folgen und damit eine nationale und internationale Vorbildfunktion ausüben. Wenn die Kosten dafür vom Land übernommen werden, finden sich sicher motivierte FH- und Universitätsangestellte, Studierende sowie weitere „Stakeholder“, die in Teamarbeit hochqualitative Bilanzen erstellen würden.

4. Öffentliche Veranstaltungen

Universitäten machen standardmäßig auch öffentliche Veranstaltungen. In Deutschland ist dies im Zuge des „Studium generale“ institutionalisiert.

- Zum Vortrag über „Menschenrechte und Gemeinwohl“ am 19. Februar 2013 an der Universität Valencia strömten 600 Gäste (Parainfo und Aula Magna waren voll).
- Die Universität Barcelona lud am 11. April 2013 zu einer öffentlichen Veranstaltung zur Gemeinwohl-

¹⁴ <http://www.talentierte.at/index.php?id=112>

- Ökonomie ein, es kamen rund 400 Gäste.
- Der Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Las Palmas de Gran Canaria bewarb am 10. Mai 2013 in einer Pressekonferenz das Modell der Gemeinwohl-Ökonomie.
 - An der Universität Amsterdam wurde die Gemeinwohl-Ökonomie im Rahmen einer Tagung zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen erfolgreich vorgestellt.
 - Im Jahr 2011 besuchten mehr als 400 Studierende, Lehrende und Interessierte einen Vortrag an der Fachhochschule Puch Urstein. Auch auf dem Symposium „Ethik und Nachhaltigkeit“ war die Gemeinwohl-Ökonomie mit Vortrag und Workshop vertreten. Beide Veranstaltungen inspirierten Studierende dazu ihre Bachelor- oder Masterarbeiten zum Thema Gemeinwohl-Ökonomie zu verfassen.
 - Ein Jahr später organisierte die Universität Salzburg eine Ringvorlesung zur Nachhaltigkeit. Die Gemeinwohl-Ökonomie ist erneut mit auf der Themenpalette.

In Kooperation mit anderen relevanten AkteurInnen, z. B. der Stadt Bozen, Kammern oder Verbänden, lässt sich hier eine große Breitenwirkung und Bewusstseinsbildung erwirken.

In Zeiten, in denen die durch den Neoliberalismus begünstigten Schuldenexplosionen den Druck auf öffentliche Haushalte zunehmend verstärken werden, ist es im Interesse sowohl von Universitäten als auch von ihren Trägern, derartige Veranstaltung zu organisieren. Die Universitäten hatten durch die Theorien, die in ihren Hörsälen künftigen ManagerInnen, BankerInnen und PolitikerInnen vermittelt worden sind, ihren Anteil an vielen der heute zu beobachtenden Missstände. Nun können sie durch Verbreitung der Gemeinwohl-Ökonomie einiges wieder gut machen, und die Träger der Universitäten können sie dabei unterstützen – was sich bezüglich Legitimation und Finanzierung von Universitäten als wichtig erweisen kann.

5. Teilnahme an EU-weitem Universitätsnetzwerk

Forschungsthemen, die Theorie und Praxis gut verbinden, wie es bei der Gemeinwohl-Ökonomie der Fall ist, eignen sich hervorragend für EU-Förderungen. Die Vielstaatlichkeit ist jetzt schon gegeben, sie könnte über Projekte auf weitere EU-Mitgliedsstaaten ausgedehnt werden. Die möglichen Themen bieten zahlreiche Möglichkeiten für anwendungsorientierte und Grundlagenforschung: Fragen rund um die Bilanz, das Auditsystem, die Produktampel, Wirtschaftskonvente, Lebensqualitätsfragen, Wirtschaftsethik, ...

6. Informationsoffensive an Schulen

Die neuen Ideen und Praktiken können über Einrichtung für nachhaltige Bildung (z. B. Umweltbildung, Südwind, ...) sowie in Kooperation mit dem Verein zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie als Unterrichtsmaterialien für Schulen aufbereitet und dort vermittelt werden.

Christian Felber, 31. August 2013
www.christian-felber.at
www.gemeinwohl-oekonomie.org